



Die Sozis wollen sie schon lange, die „Grünen“ und die Kommunisten sowieso. Jetzt findet auch der Rekordverschuldungsminister Schäuble sie „Interessant“. Da das Geld zur Eurorettung hinten und vorne nicht ausreicht, schlägt das gewerkschaftsnahe Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung eine Zwangsanleihe vor. Die linken Parteien waren eher für eine Zwangssteuer (SPD) oder eine Vermögensabgabe (Grüne), doch das läuft auf dasselbe hinaus. Diese soll zunächst nur für „Reiche“ erhoben werden, die bereits 50 Prozent Steuern zahlen, doch in nicht allzu ferner Zukunft werden auch weniger Reiche eine Zwangsanleihe kaufen müssen. Natürlich ist das verfassungswidrig, doch was kümmern sich die Parteien noch um die Verfassung.

Gesetzesbruch gehört zum Grundprinzip dieser Regierung. Zunächst wurde vertraglich klar und eindeutig festgelegt, dass kein Land für die Schulden eines anderen Landes aufkommt. Nachdem dieses gesetzlich festgelegte Versprechen ohne Probleme gebrochen wurde, sind keine weiteren Schranken mehr vorhanden, die die Ausplünderung der europäischen Völker durch die EU-Diktatoren Grenzen setzen. Ganz vorn dabei ist der Finanzdiktator Schäuble, der auch noch gerne Vorsitzender der Eurogruppe werden möchte. Der hat zwar einen Eid geleistet, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und dem Wohl Deutschlands zu dienen, doch wie schon gesagt, interessieren sich diese Damen und Herren nur für ihr eigenes Fortkommen und natürlich für die Errichtung der Europäischen Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.

In fast allen Pleitestaaten könnte der Staat seine Steuereinnahme sehr stark erhöhen, wenn er nur darauf achtete, dass alle Steuerpflichtigen auch ihre Steuern zahlen. Denn dies ist z.B. in Griechenland oder Italien nicht der Fall. Weil der Staat sich dort bei seinen Bürgern nicht unbeliebt machen will, sollen die Deutschen deren Steuern zahlen. Denn hier greift der Staat bei der aller kleinsten Steuerhinterziehung mit brutaler Gewalt durch und trotzdem vertraut man weiter diesem Staat.

Das DIW hat errechnet, dass mit einer Zwangsanleihe oder –abgabe von 10 Prozent in Deutschland 230 Milliarden Euro generiert werden könnten, was 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Wenn die „Reichen“ nicht freiwillig die Eurorettung finanzieren wollen, dann müssen sie eben dazu gezwungen werden. In der DDR, der UdSSR und anderen kommunistischen Staaten war es schließlich auch nicht anders.

Übrigens ist das Nettofinanzvermögen der Bürger in Griechenland höher als in Deutschland. Das Gleiche gilt für Italien und Frankreich.

Doch selbst wenn die Zwangsabgabe nicht kommen sollte, der Staat bekommt sein Geld auf jeden Fall. Eine andere Methode ist die Inflation und darauf können Sie sich schon mal einstellen. Ein Inflation von 6-9 Prozent fällt nicht so sehr auf, entwertet aber die Rücklagen der Bürger und verringert die Staatsschulden ganz erheblich.

Das Ganze nennt sich dann Demokratie und Gemeinwohl. Schöne neue Welt!